



Protokoll kantonalen Parteitag Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn vom 2. Mai 2024 im reformierten Kirchgemeindesaal in Hägendorf, 19.30 – 21.00 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 70
Absolutes Mehr: 36



Geschäftsliste

1. Eröffnung des Parteitages

2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen

3. Genehmigung der Geschäftsliste

4. Genehmigung des Parteitags-Protokoll vom 22. Januar 2024

5. Genehmigung der Jahresrechnung 2023

- Bericht der RPK

6. Genehmigung der Zweijahresberichte

- des Parteipräsidiums
- der Kantonsratsfraktion
- der Fachausschüsse
- der Beschwerde- und Schiedskommission
- des Parteisekretariats und weitere

7. Beitragsleistung an die Kantonalpartei

- Antrag unverändert Fr. 24.00

8. Wahlen

- des Parteipräsidiums
 - Bewerbungsrede Angela Petiti für Co-Präsidium mit Hardy Jäggi
- der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung
- der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
- der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)
- Verabschiedung von Nadine Vögeli
- Verabschiedung von abtretenden GL-Mitgliedern

9. Prämien-Entlastungs-Initiative der SP

- Referat Sarah Wyss, Nationalrätin SP
- Diskussion
- Parolenfassung

10. Kostenbremse-Initiative der Mitte

- Referat Sarah Wyss, Nationalrätin SP
- Diskussion
- Parolenfassung

11. Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

- Input Co-Präsidium

- Parolenfassung

12. Stromgesetz

- Referat Franziska Roth, Ständerätin SP
- Diskussion
- Parolenfassung

13. Varia



1. Eröffnung des Parteitages

Nadine Vögeli, Co-Präsidentin SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen, dies ist einerseits eine Eröffnungsrede, gleichzeitig ist es meine Abschiedsrede. Liebe Sarah Wyss, liebe Ständerätin Franziska Roth, liebe Regierungsrätin Susanne Schaffner. Herzlich Willkommen hier in Hägendorf.

Bei der Eröffnungsrede zum letzten Parteitag in Olten habe ich auf die vielen wichtigen Abstimmungen in diesem Jahr hingewiesen. Zwei davon haben wir bereits hinter uns und wir konnten bei beiden Erfolge verbuchen. Die unsägliche kantonale 1:85 Initiative der FDP wurde klar abgelehnt und der 13. AHV-Rente wurde mit über 58% Ja-Anteil zugestimmt. Beides sind alles andere als Zufallsergebnisse. Beides sind klare Verdikte mit einer hohen Stimmbeteiligung im Kanton. Weitere wichtige Abstimmungen stehen nun noch an. Über diese werden wir heute Abend sprechen. Es freut mich besonders, dass wir Sarah Wyss dafür als Referentin gewinnen konnten.

In den letzten Wochen zwischen den Abstimmungen konnte die SP in verschiedenen Kantonen Erfolge verbuchen. In Basel-Stadt ist Mustafa Atici mit 3000 Stimmen Vorsprung als Regierungsrat gewählt worden und im Kanton Sankt Gallen wurde Bettina Surber ebenfalls gut gewählt. Im Kanton Thurgau kam es zum grössten Sitzgewinn seit 80 Jahren. Sie konnten um 4 Sitze zulegen und Sonja Wiesmann hat den Sitz in der Regierung verteidigt. Das sind doch gute Vorzeichen für unsere Wahlen nächstes Jahr.

Nun aber einige Worte in eigener Sache. Dass wir heute hier in Hägendorf sind, ist kein Zufall. Dies ist meine letzte Eröffnungsrede eines kantonalen Parteitages und es ist zugleich meine Abschiedsrede. Vor nur gerade 3 Jahren bin ich zusammen mit Hardy Jäggi in das Amt der Co-Präsidentin gewählt worden. Es war kein Amt, welches ich gesucht hatte und doch habe ich diese Verantwortung gerne übernommen. Ich würde nach wie vor sagen, dass ich von meiner Art her keine typische Parteipräsidentin bin. Ich hatte immer das Gefühl, ich sei zu wenig links, zu wenig mitreissend, zu wenig «hau drauf». Einige SVP-Kantonsräte würden mir hier wohl widersprechen, und mein Göttibueb hat mal gefragt: «Gibt es in der SP eigentlich noch Linkere als du es bist?» Ich konnte ihm aus dem Stand ein paar aufzählen. Ich war gerne Co-Präsidentin der SP Kanton Solothurn. Ich bin wahnsinnig stolz auf unsere Erfolge. Ich habe gelitten, wenn wir gescheitert sind, und immer wieder war ich stolz auf Euch, auf euch Genossinnen und Genossen. Eine politische Heimat zu haben ist wichtig für mich. Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, dass ich mich immer auf politische Anlässe freue. Auf Parteitage, Versammlungen, Standaktionen usw. Aber immer, wenn ich dann dort bin, gefällt es mir, fühle ich mich wohl und getragen. Ich war Mitte April zu Besuch bei der SP Lostorf und konnte ein paar Worte zur Mindestlohn-Initiative sagen. Ich wurde herzlich empfangen, die Stimmung war gut und sehr engagiert, fast kämpferisch. Und auf dem Heimweg dachte ich: «Was für ein Glück, Teil dieser Partei zu sein. Was für ein Segen, dass es Menschen wie euch gibt, die sich für unsere wichtigen Anliegen und für die Menschen einsetzen, die es nötig haben».

Ich habe mich als Co-Präsidentin immer etwas «ungenügend» gefühlt. Ich dachte immer, ich müsste mehr machen, ich müsste es besser machen. Umso mehr habe ich mich gefreut über die vielen Rückmeldungen, die ich nach der Bekanntgabe meines Rücktritts von vielen von euch, aber auch von politischen Weggefährtinnen und Gefährten aus anderen Parteien, erhalten habe.

Mein Rücktritt kam für die meisten von euch unerwartet. Ich hatte den Gedanken allerdings schon länger mit mir herumgetragen. Eine grosse Veränderung in meinem privaten Leben, mein Mann und ich haben uns nach über 20 gemeinsamen Jahren im Frühling letzten Jahres getrennt, hat mein gesamtes Leben auf den Kopf gestellt. Diese Veränderung hatte ich nicht gesucht, aber ich habe sie angenommen und versucht, mein Leben neu zu regeln. Dazu

gehört, dass ich mir überlegt habe, was ich beruflich machen möchte. Ich habe mich entschieden, die berufliche Selbstständigkeit aufzugeben und eine Führungsfunktion in einer Sozial- oder Gesundheitsinstitution zu suchen. Und in dieser Phase der Stellensuche haben mich meine vielen «Nebenämter» teilweise doch recht belastet. Es gab verschiedenen Spekulationen, weshalb ich mein Amt abgeben würde. Urs Moser vom OT dachte, ich würde 2025 Regierungsrätin werden wollen und möchte mich schon jetzt darauf vorbereiten. Ein anderer hat mir eine erboste Nachricht geschickt und geschrieben, es könne doch nicht sein, dass ich zurücktreten würde, nur weil ich nicht Nationalrätin geworden sei. Da müsste man darüberstehen. Ich habe es ihm dann erklärt. Er hat sich entschuldigt. Aber wie ihr nun wisst, lagen beide sehr daneben.

Und wie das so ist, ergeben Veränderungen Raum für Neues. Und wie die Trennung für mich den definitiven Anstoss und Raum zur beruflichen Umorientierung gegeben hat, gibt mein Rücktritt aus dem Co-Präsidium nun einer anderen Person Raum, für deren Entwicklung. Es gibt Raum für eine neue Stimme im Co-Präsidium unserer Kantonalpartei. Es ist eine wunderbare Stimme, die sowohl zart und fein, aber auch laut und deutlich sein kann. Es ist die Stimme, die ich mir für dieses Amt als meine Nachfolgerin gewünscht hatte. Und diese Stimme gehört zu Angela Petiti. Sie verzaubert mich, wenn sie Lieder von Polo Hofer oder Patent Ochsner singt, und sie beeindruckt mich, wenn sie im Kantonsrat klare Worte findet. Und nicht unwesentlich, sie ist blond und man wird die grauen Haare, die sie neben Hardy bekommen wird, nicht so gut sehen, wie bei mir.



Ich möchte mich nun, zum Schluss meiner Rede bedanken, und zwar bei Hardy, meinem Co-Präsidenten. Wir waren uns nicht immer einig, aber wir waren beide genügend pragmatisch, um immer rasch eine gemeinsame Lösung zu finden. Ich möchte mich bedanken bei Fabian und Niels. Unsere beiden Sekretäre, die immer und zu jeder Zeit engagiert und motiviert waren. Sie halten dem Co-Präsidium den Rücken frei und ich kann euch sagen, es ist einfach, als Präsidentin oder Präsident zu glänzen, wenn im Hintergrund zwei sind, die immer mit vollem Elan dabei sind. Ich bedanke mich auch bei der Geschäftsleitung. Auch in der GL haben wir immer einen gemeinsamen und konstruktiven Weg gefunden, und nicht selten

sah dieser Weg etwas anders aus als von der SP Schweiz angedacht. Wir sind wohl so etwas wie ein rotes Tuch für die Parteizentrale in Bern. Aber das ist ja eigentlich ganz passend.

Aber am wichtigsten seid Ihr alle! Von Herzen bedanke ich mich bei euch allen für euer Engagement, euer Vertrauen und für all die Rückmeldungen, die ich während meiner Amtszeit erhalten habe. Ihr seid Gold wert!

2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmzähler:innen

Hardy Jäggi informiert, dass für das Wahlbüro Marianne Wyss, Özlem Kellenberger und Shulojan Suntharalingam vorgeschlagen werden. Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss

Marianne Wyss, Özlem Kellenberger und Shulojan Suntharalingam werden einstimmig als Stimmzähler:innen gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Hardy Jäggi stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. Zu diesem Antrag gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss

Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 2. Mai 2024 wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung des Parteitags-Protokoll vom 22. Januar 2024

Hardy Jäggi stellt das Protokoll des Parteitags vom 22. Januar 2024 zur Diskussion. Das Protokoll ist aufgelegt und auch auf der Homepage abrufbar. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss

Das Protokoll des Parteitags vom 22. Januar 2024 wird einstimmig genehmigt.

5. Genehmigung der Jahresrechnung 2023

Fabian Müller, Parteisekretär SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Liebe Sozialdemokratinnen, liebe Sozialdemokraten, ich darf euch kurz die Jahresrechnung des vergangenen Jahres präsentieren. Ich erläutere euch zwei, drei Eckpunkte dieser Rechnung. Auf der ersten Folie seht ihr die Erträge. Man sieht hier, dass wir bei den Mitgliedern weniger Einnahmen haben. Wir haben in den letzten zwei Jahren das eine oder andere Mitglied verloren. Vor zwei Jahren hatten wir noch 1850 Mitglieder, jetzt sind es noch 1750 und das wirkt sich dann schlussendlich bei dieser Position aus. Spannend dafür die Position «Solidaritätsbeitrag». Bei dieser Position hat sich der Mitgliederrückgang nicht ausgewirkt. Die Unterstützung ist gross. Das ist auch eine der grössten Positionen. Also ohne diesen Beitrag könnten wir auf dem kantonalen Parteisekretariat unsere Arbeit nicht machen. Darum von unserer Seite ein grosses Dankeschön. Man sieht ebenfalls die Auflösung der Rückstellungen. In den Zwischenjahren, wenn keine Wahlen stattfinden, bilden wir Rückstellungen.0000 Diese werden dann in den Wahljahren wieder aufgelöst. Bei den Aufwendungen sind die Wahlen die grösste Ausgabenposition. Beim Personalaufwand sind auch noch die beiden Campaigner integriert, deshalb ist dieser Betrag etwas höher als budgetiert. Ansonsten

waren die Aufwendungen wie budgetiert. Dementsprechend sieht auch das Jahresergebnis aus mit einem leichten Ertragsüberschuss in der Höhe von 3288 Franken. Wir kommen zur Bilanz. Natürlich sind die flüssigen Mittel zurückgegangen aufgrund der Wahlen. Bei den Passiven sieht man, dass die Rückstellungen aufgelöst wurden. Jetzt braucht man wieder Rückstellungen für die Wahlen im nächsten Jahr. Das Eigenkapital ist leicht gestiegen dank dem Gewinn. Und das sind bereits meine Erläuterungen zur Jahresrechnung.



Bericht der Rechnungsprüfungskommission

Simon Bürki, Mitglied Rechnungsprüfungskommission SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Liebe Zahlerinnen und Zahler, ich mache es kurz. Da das das Highlight ist am heutigen Abend, nehme ich die Spannung gleich weg. Erstens ja, Fabian du hast richtig gerechnet, danke. Zweitens, ihr habt alle zahlreich gezahlt, danke vielmals. Und damit kommen wir schon zum etwas formalistischeren Hauptteil. Aber es ist alles richtig und es ist relativ gut, wie wir abgeschlossen haben in einem Wahljahr mit einem Ertragsüberschuss von rund 3300 Franken respektive immer noch mit einem stolzen Eigenkapital von rund 150.000. Damit kommen wir eigentlich bereits zum Schluss. Aufgrund des positiven Fazits mit den Stichproben, die wir gemacht haben, kann die Rechnungsprüfungskommission euch empfehlen, entsprechend die Rechnung so zu genehmigen und dem Rechnungsführer Decharge zu erteilen. Dies im Namen der Rechnungsprüfungskommission, Thomas Marbet und mir. Ach so, und zum Schluss merci vielmals Fabian für deine erfolgreiche Arbeit, danke an euch alle für die Unterstützung. Ich habe fertig. Merci.

Beschluss

Die Jahresrechnung 2023 und die Erteilung der Decharge für den Rechnungsführer wird einstimmig genehmigt.

6. Genehmigung der Zweijahresberichte

- des Parteipräsidiums
- der Kantonsratsfraktion
- der Fachausschüsse
- der Beschwerde- und Schiedskommission
- des Parteisekretariats und weitere

Beschluss

Die Zweijahresberichte werden einstimmig genehmigt.

7. Beitragsleistung an die Kantonalpartei

Beschluss

Die Beitragsleistung in der Höhe von CHF 24.00 wird von Parteitag einstimmig genehmigt.

8. Wahlen

- a) des Parteipräsidiums

Angela Petiti hat das Wort.

Guten Abend liebe Genossinnen und Genossen, guten Abend liebe Gäste. «Vielleicht sagst du am Familienfest nicht direkt, dass du jetzt Jusomitglied bist – dem Frieden zuliebe.» Das sagte meine Mutter zu mir, als ich als junge Frau in die Juso eingetreten bin. Selbstverständlich habe ich dann am Familienfest voller Stolz verkündet, dass ich nun Jusomitglied bin. Die Diskussion war vorprogrammiert. Ich war stolz darauf endlich das Gefühl zu haben Teil einer guten Sache zu sein. Einer Gruppe anzugehören, die sich für Gerechtigkeit, für Respekt vor allen Lebewesen, gegen Unterdrückung von Schwächeren, wie sie unsere Gesellschaft nennt, ich würde sagen Ausgenutzten, gegen Rassismus und für Frauenrechte einsetzt. Frauenrechte: Da hatte ich stets meine Mutter als Vorbild, die sich jahrelang mit anderen Frauen zusammengeschlossen hatte, um sich für Gleichstellung zu engagieren. Ja, so hat alles begonnen.

«Du kannst dich nicht für Menschen und Tiere gleichzeitig einsetzen!» Ich habe damals, als ich im Komitee der Initiative gegen Massentierhaltung war, einige solche Nachrichten erhalten. Ich habe mich aber direkt noch mehr dafür eingesetzt mit der tiefen Überzeugung, dass sie zu einer faireren und nachhaltigeren Landwirtschaft führen wird und den Bäuerinnen und Bauern massiv Druck wegnehmen würde. Abgesehen davon, bedeutet es sich für Tiere einzusetzen, dass man sich auch für den Menschen einsetzt, denn ohne Natur, ohne Tier – keine Menschen. Eine Gesellschaft, die Umwelt und Tiere ausnutzt, wird die Folgen davon spüren. Wir spüren es bereits. Die SP hat schon immer Partei für Benachteiligte und Unterdrückte ergriffen. Manchmal bedeutet das auch Partei für Tiere oder die Natur zu ergreifen.

«Ja, wenn dich das jetzt so traurig macht, bist du wahrscheinlich nicht für Politik gemacht.» Das wurde mir gesagt, als mir bei einem Ereignis, das ich für absolut ungerecht gegenüber den Betroffenen empfand, die Tränen kamen. Das hat mich getroffen. Ist es denn so, dass ich als Politikerin stets allem mit Stärke begegnen muss? Nein, genau die Politik der SP hat Empathie und Mitgefühl als Grundpfeiler. Und das heisst, dass wir den Menschen zuhören, ein offenes Ohr haben und auch Mitgefühl zeigen. Rechthaberei und Genervtheit sehen wir in der Politik zu Genüge! Empathie zu empfinden, veranlasst uns auch umso stärker nachher gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen.

«Wann willst du das noch machen?» Diese Frage habe ich in den letzten Wochen bestimmt 20-mal gehört und sie ist wahrscheinlich von aussen her betrachtet auch berechtigt. Als Mutter, Sekundarstufe 1 Lehrerin, Gemeinderätin, Fraktionspräsidentin und Kantonsrätin ist meine Agenda sehr gefüllt. Wer mich kennt weiss aber, dass ich nicht anders kann, als mich dafür zu engagieren, was mir wichtig ist. Ich kann nicht «stillsitzen» - ich will bewegen und ich will mitgestalten und daher weiss ich, dass meine Agenda noch Platz hat. Am allerliebsten immer zusammen mit anderen Menschen und genau das fasziniert mich so an unserer Partei. Sie ist voller Menschen, die zusammenarbeiten, einander unterstützen und für andere einstehen – in der Überzeugung «Für alle statt für wenige».



«Hast du keine anderen Hobbys», wurde ich gefragt. Doch klar, aber seit 2021 bin ich Gemeinderätin der Stadt Solothurn und ich liebe es diese Sachgeschäfte zu behandeln. Und seit letztem Jahr darf ich im Kantonsrat sein. Bei gewissen Geschäften, die wir behandeln, wird mir immer wieder bewusst, dass es uns und unsere Haltung dringend braucht. Gerade, wenn es darum geht, wohin Geld fliesst oder eben auch nicht, wie über Menschen anderer Herkunft debattiert wird, wie Sündenböcke gesucht werden, wie Menschen ausgeschlossen werden und wie versucht wird Verbesserungen für Menschen mit kleinerem Einkommen schlecht zu machen. Es braucht uns und unsere Überzeugungen.

«Übernimm dich nicht», habe ich oft gehört, nachdem ich im Kantonsrat vereidigt wurde. Und heute stehe ich vor euch und kandidiere zusätzlich noch für das Co-Präsidium. Ihr seht, auf meinem Weg bis hierhin habe ich viele gute und weniger gut gemeinte Ratschläge erhalten. Ich stehe also heute vor euch und bin ehrlich gesagt nervös. Ich bin mir gewohnt vor Leuten zu sprechen und zu singen. Aber vor so vielen Menschen zu sprechen, die ich so sehr bewundere und so grossen Respekt davor habe, ist für mich nicht einfach. Und es gibt einige hier, die mich nun schon eine Zeit lang begleiten und mich stets tatkräftig unterstützt haben – meistens mit ihrer jahrelangen und wertvollen Erfahrung und ihrem Wissen. Für das bin ich von Herzen dankbar. Für mich wäre es eine grosse Ehre, wenn ich die wichtige Aufgabe im Co-Präsidium übernehmen darf. Wir haben ein wichtiges Jahr mit wichtigen Wahlen und Abstimmungen. Dazu kommt unsere Mindestlohninitiative, die wir eingereicht haben. Dass ich

voller Motivation anpacken will, brauche ich hier wohl nicht zu sagen – es ist selbstverständlich!

«Mit drei Brettern kannst du dir im Fall kein Haus bauen», hat mein Vater zu mir als 5-Jährige gesagt, als ich mal hässig von zuhause ausziehen wollte und mir auf dem Feld oben mein eigenes Häuschen bauen wollte. Ich bin trotzdem mit drei Brettern losgezottelt. Frei nach Bob Dylan: Wie viele gute oder weniger gutgemeinte Ratschläge muss man in den Wind schlagen, um Co-Präsidentin der SP Kanton Solothurn zu werden? Merci vielmals!

Beschlüsse

Der Parteitag wählt Angela Petiti einstimmig und per Akklamation zur Co-Präsidentin der SP Kanton Solothurn.

Der Parteitag wählt Hardy Jäggi einstimmig für eine weitere 2-Jahres Periode zum Co-Präsidenten der SP Kanton Solothurn.



Wahl der bisherigen Mitglieder der Geschäftsleitung

Zur Wahl in die kantonale Geschäftsleitung stellen sich folgende Personen wieder zur Verfügung.

- | | | |
|-----------------|---------------------|------------------|
| - Markus Ammann | - Susanne Schaffner | - Franziska Roth |
| - Farah Romy | - Mathias Stricker | - Nicole Wyss |
| - Aline Leimann | - Matthias Racine | - Urs Huber |
| - Melina Aletti | - Leo Valentin Hug | |

Beschluss

Die obenstehenden Personen werden einstimmig wieder als Mitglieder der kantonalen Geschäftsleitung gewählt.

Wahl der neuen Mitglieder in die kantonale Geschäftsleitung

- Stefan Oser
- Sutha Ganapathipillai

Beschluss

Stefan Oser und Sutha Ganapathipillai werden einstimmig als neue Mitglieder der kantonalen Geschäftsleitung gewählt.

Wahl der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Zur Wahl in die Rechnungsprüfungskommission stellen sich folgende Personen wieder zur Verfügung.

- Thomas Marbet
- Simon Bürki

Beschluss

Thomas Marbet und Simon Bürki werden einstimmig als Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Wahl der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)

- Christine Bigolin
- Daniel Kiefer
- Evelyn Borer

Beschluss

Christine Bigolin, Daniel Kiefer und Evelyn Borer werden einstimmig als Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission wiedergewählt.

Verabschiedung von Nadine Vögeli

Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Wir haben zusammen im Jahr 2021 angefangen. Sie war die erste Co-Präsidentin, die virtuell gewählt wurde. Wir mussten einen virtuellen Parteitag wegen Covid durchführen. Zusätzlich kam noch erschwerend dazu, dass sie im ersten Präsidentschaftsjahr Kantonsratspräsidentin war. Wir haben uns darauf geeinigt, dass sie Innenministerin ist und ich Aussenminister. Das funktionierte gut und wir haben das nahtlos geändert. Wir hatten gute Erfolge. Im Zweijahresbericht steht auch. Wir haben erfolgreich die Volksinitiative «jetzt si mir draa» bekämpft. Wir bekämpften die Zwillingsinitiativen. Nadine hat es selbst erwähnt, 1 zu 85. Wir waren auch dort erfolgreich. Was wir auch gemacht haben, was weniger bekannt wurde, ist, dass wir mit der Geschäftsleitung eine Strategie erarbeitet haben. Das war etwas Neues. Die Sitzungen, die Nadine geleitet hat, waren immer sehr sicher und sehr effizient geführt. Das hat mir gefallen.

Kürzlich war etwas, das jede Politikerin gerne erleben möchte. Aber die wenigsten erleben das, was Nadine erlebt hat. Sie hat mit einem engagierten Votum im Kantonsrat schon eine eigentlich klare Abstimmung gekehrt. Ganz viele FDP- und SVP-Vertreterinnen und Vertreter haben nach ihrem Votum die Meinung geändert. Sie haben dafür gestimmt, dass in allen Altersheimen Sterbehilfe zugelassen werden soll.



Sie hat aus eigener Erfahrung aus ihrem Beruf erzählt. Man konnte schauen, wie bei den Leuten die Stimme gekippt und die Meinung gekehrt wurde. Und dann war der Vorstoss erfolgreich. Das wollen wir eigentlich alle, wenn wir ein Votum halten. Aber wir schaffen es leider selten. Das war eine tolle Leistung. Nadine, komm doch bitte nach vorne.

Sie hat vorhin etwas gesagt, dass ich nicht ganz unwidersprochen lassen möchte. Sie hat zwar gesagt, wir seien nicht immer gleicher Meinung. Aber wie bei einem alten Ehepaar haben wir das super gelöst. Wenn wir gleicher Meinung waren, hatte ich recht. Und wenn wir nicht gleicher Meinung waren, hatte sie recht. Nadine, danke für die Zeit, die wir im Co-Präsidium hatten. Ich hoffe, in deiner beruflichen Neuausrichtung wirst du glücklich werden. Ich hoffe, wir sehen uns wieder mal an einem Parteitag. Auch wenn du dann nicht mehr kommen musst. Vielen Dank und alles Gute.

Verabschiedung von Irene Meier-Reber und von Daniela Gerspacher

Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Ich habe es angetönt, wir haben zwei Geschäftsleitungsmitglieder, die zurückgetreten sind. Einerseits Irene Meier-Reber. Sie war seit 2010 in der Geschäftsleitung und Daniela Gerspacher. Sie hatte mal einen Unterbruch. Aber sie war sehr lange dabei. Sie konnte mir vorhin selbst nicht sagen, wie lange. Aber sie hat schon verschiedene Geschäftsleitungen und Präsidentinnen und Präsidenten erlebt. Ihnen beiden herzlichen Dank für ihren jahrelangen Einsatz für die SP Kanton Solothurn. Die Zusammenarbeit mit euch beiden war immer super. Vielen Dank und für die Zukunft wünsche ich euch alles Gute. Und auch ihr bekommt noch ein Geschenk.

Jetzt kommen wir zum Eingemachten. Ich habe sie am Anfang erwähnt, aber noch nicht begrüsst. Sie ist nun eingetroffen, herzlich Willkommen bei uns, Sarah Wyss.

9. Prämien-Entlastungs-Initiative der SP

Sarah Wyss, Nationalrätin SP Basel-Stadt, hat das Wort.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, herzlichen Dank für die Einladung, ich freue mich sehr heute bei euch zu sein. Es geht bei der Prämienentlastungsinitiative um die Menschen, und zwar unabhängig von ihrem Hintergrund. Wir möchten die Menschen entlasten. Ich hoffe, ich muss euch nicht allzu fest überzeugen von dieser Initiative. Bei der nächsten wird es wahrscheinlich etwas anders aussehen. Aber es ist wirklich wichtig, dass wir hier alle am gleichen Strang ziehen. Ich möchte euch ein paar Argumente mit auf den Weg geben, weil es weht uns ein starker Wind entgegen. Zur Ausgangslage, wir haben Einkommen, die stagnieren oder nur leicht steigen. Aber vor allem haben wir Prämien, die explodieren. Wir haben Prämien, die sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt haben. Das System ist aus dem Gleichgewicht gefallen.

Diese Grafik zeigt, weshalb der Bund jetzt aktiv werden muss, da sich immer mehr Kantone aus dem Prämienverbilligungssystem herausgenommen haben. Die Prämien sind gestiegen und die Kantone haben am Schluss auf dem Buckel der Menschen gespart.



Sie haben ihre Prämienverbilligungen heruntergefahren. Früher hat man gesagt, dass das Verhältnis zwischen Bund und Kantonen ca. 50:50 sein soll. Inzwischen haben die Kantone so viel gespart, dass der Durchschnitt bei 46% liegt. Und wenn man jetzt noch die grosszügigen Kantone wegnimmt, sind wir noch bei 36% der Prämienverbilligungen, die die Kantone leisten. Das heisst, wir haben ein Sparen auf dem Buckel der Menschen durch die Kantone.

Die Kantone haben ihre Finanzen saniert, und das zu Lasten der Menschen. Und dann haben wir eine andere Entwicklung. Wir haben Prämien, die gestiegen sind. Und gleichzeitig haben wir Selbstzahlungen, die zugenommen haben. Rund 19 Milliarden im Jahr, die die Menschen zusätzlich zu den Prämien auch noch aus dem eigenen Sack bezahlen. Für den

Zahnarzt, für die Medikamente etc. Und diese Grafik zeigt das Problem dieser Selbstzahlungen. Das heisst, immer mehr Menschen nehmen eine höhere Franchise, weil die Prämien so teuer sind, nutzen sie aber nicht aus. Das heisst, sie zahlen bis zu 2'500 Franken zusätzlich aus dem eigenen Sack. Im internationalen Vergleich, ich muss das euch nicht sagen, haben wir eines der asozialsten Finanzierungssysteme insbesondere in Europa. Nur 36% von den rund 92 Milliarden im Jahr werden durch den Steuerzahler, das heisst, abhängig vom Einkommen, bezahlt.

Und unfair ist es, weil es eine Rolle spielt, wo man wohnt. Im Kanton Solothurn ist man beispielsweise schlechter gestellt als im Kanton Aargau. Das heisst, es kommt darauf an, wo man wohnt und wo man lebt. Was bedeutet es, wenn man so hohe Selbstzahlungen hat. Es bedeutet, dass man auch auf Leistungen verzichtet. Und das führt nicht zuletzt zu einer Zweiklassenmedizin.

Was will die Initiative? Maximal 10% des Einkommens soll für die Prämie ausgegeben werden. Als wir das Kopfprämiensystem unter Ruth Dreyfus eingeführt haben, hatte sie dafür gekämpft, dass das Einkommensabhängig ist. Das kam nicht durch im Parlament. Also hat man gesagt, man macht die Kopfprämien und als Abfederung nimmt man die Prämienverbiligungen. Die Belastung soll nicht mehr als 8% des verfügbaren Einkommens ausmachen. Inzwischen sind wir weit über 10% in den meisten Kantonen. Das Versprechen wird nicht eingehalten. Darum ist die Initiative notwendig, die die Verfassung ändert. Sie wird finanziert zu zwei Dritteln vom Bund und einem Drittel von den Kantonen. Das ist das Neue plus die 10%, die das Maximum bilden. Was gibt es sonst noch für Wirkungen? Diese Initiative kostet nicht mehr. Es werden nur die Ausgaben, die sowieso da sind, verschoben. Und zwar von den Einzelpersonen zum Staat. Zum Kanton und zum Bund. Das heisst, es ist nicht vergleichbar mit einer 13. AHV-Rente. Dort gibt es auch mehr Leistung. Hier geht es um eine Verteilungsfrage.

Und das führt dazu, dass Bund und Kantone sich künftig mehr bemühen, dass man die Leistungen, die medizinisch nicht notwendig sind, nicht mehr macht. Damit auch sie nicht allzu sehr ihr Budget belasten. Ich finde, dass das, einen positiven Druck gibt, nicht Leistungen abzubauen, sondern eine sinnvolle, zum Beispiel Spitalplanung zu machen. Wenn wir die Initiative nicht gewinnen, dann tritt der Gegenvorschlag in Kraft. Die Bürgerlichen versuchen diesen als guten Gegenvorschlag darzustellen. Wir waren lange bereit, einen guten Gegenvorschlag zu akzeptieren. Wir haben auch einen guten Gegenvorschlag gemacht. Der Ständerat hat dem Gegenvorschlag alle Zähne gezogen. Das heisst, das Ziel, das wir ursprünglich haben wollten, wurde nicht erreicht. Darum haben wir entschieden, dass wir die Initiative nicht zurückziehen. Aber wenn die Initiative abgelehnt wird, dann tritt automatisch der Gegenvorschlag in Kraft.

Wie gewinnen wir diese Initiative? Morgen kommt die neue Umfrage von SRG heraus. Ich kann euch sagen, es wird knapp. Aber wenn wir jetzt alles geben, kann es reichen. Es wird auf die Deutschschweiz darauf ankommen. Es wird auf das Ständemehr darauf ankommen. Wichtig ist, dass man abstimmen geht, dass man die Leute motiviert, beispielsweise mit einem Mitmachen am nationalen Aktionstag oder mit einem Leserbrief. Diese Initiative, und das ist wirklich wichtig, kostet keinen Rappen. Es ist einfach ein anderer Akteur, der bezahlt. Es sind nicht plötzlich zusätzliche Leistungen, sondern es ist eine Verteilungsfrage. Es ist keine gesundheitspolitische Vorlage, sondern eine Sozialpolitische. Es geht darum, wer bezahlt unsere Krankenkassenprämien. Deshalb ist es so wichtig, dass wir diese Initiative gewinnen und so die Kaufkraft der Menschen erhöhen und sie entlasten können. Herzlichen Dank für die grosse Unterstützung, dass wir gemeinsam am 9. Juni diese Initiative gewinnen können.

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Parolenfassung

Der Parteitag beschliesst mit 70 Ja Stimmen bei 0 Enthaltungen und 0 Nein Stimmen die Ja-Parole zur Prämientlastungsinitiative.

10. Kostenbremse-Initiative der Mitte

Sarah Wyss, Nationalrätin SP Basel-Stadt, hat das Wort.

Es freut mich euch vielleicht eine ein bisschen andere Art von Initiative vorzustellen und ich hoffe, es geht mir so wie Nadine, dass ich euch alle überzeugen kann, dass es nur ein Nein geben kann. Und zwar, ich möchte einfach sagen warum. Diese Grafik zeige ich gerne, weil es einerseits noch mal verdeutlicht, wer eigentlich die Gesundheitskosten bei uns bezahlt. Wer zahlt das? Das ist das, was ich gesagt habe. Das sehen wir hier. Ein grosser Teil sind alles Selbstzahlungen. Das sind wir alle unabhängig davon, wie reich wir sind. Das heisst, wir haben steigende Gesundheitsausgaben. 92 Milliarden Franken. Es ist ein riesiger Markt. Es lohnt sich. Man kann Geld verdienen. Ein paar etwas mehr und ein paar eher weniger. Jetzt sind die Kosten per se ein Problem? Nicht unbedingt. Die erste Frage, die haben wir vorher erklärt. Wer zahlt? Die zweite Frage ist, für was werden diese Kosten gebraucht? Sind es Kosten, die notwendig sind, weil wir älter werden, wegen medizinischem Fortschritt? Oder sind es Kosten, die unnötig sind und die nur entstehen, weil sich ein paar am Selbstbedienungsladen bedienen wollen?

Es ist ein Problem, die Kosten – und das haben wir vorher gehabt –, wenn sie eben nicht fair finanziert sind, also wenn wir diese unabhängig vom Einkommen bezahlen. Und es ist aus meiner Sicht ein Problem, wenn es Kosten sind, die medizinisch keinen Mehrwert bringen. Zum Beispiel, wenn die Labortarife zu teuer sind und plötzlich Labors aus dem Boden raus wachsen, wenn man zum Beispiel Doppeluntersuchungen macht, weil es sich einfach lohnt, um noch schnell ein MRI zu machen oder nochmals eine Blutentnahme zu machen, wenn es sich einfach noch mal wegen dem Tarif lohnt. Und das Ausgabenwachstum ohne medizinischen Mehrwert, das können wir beheben. Wir können interkantonale Spitalplanungen machen, Medikamentenpreise beeinflussen. Wir können die Privatisierung, den Pseudowettbewerb stoppen. All das können wir und damit rund sieben Milliarden mindestens einsparen, ohne jegliche Leistungseinbusse. Jetzt, was will die Initiative? Die Initiative will eben nicht solche sinnvollen Massnahmen. Sondern die Initiative möchte, dass die OKP, also die obligatorische Versicherung, nicht mehr wächst oder respektive gekoppelt ist an die Lohn- und Wirtschaftsentwicklung. Das heisst, wenn es der Wirtschaft schlechter geht, dann dürfen die Gesundheitsausgaben im obligatorischen Bereich weniger stark wachsen. Was passiert, wenn das so in der Verfassung steht. Im Best-Case, gar nichts. Das ist ein Verfassungsartikel. Solange es kein Gesetz gibt, passiert gar nichts.

Wenn es ein Gesetz gäbe, das ist wahrscheinlich der gefährlichste Fall. Wenn dieser eintrifft, wird das bedeuten, dass alle Leistungen im Grundversicherungskatalog in die Zusatzversicherung verschoben werden. Denn bei der Zusatzversicherung gibt es nichts, dass das reguliert. Es heisst, nur im obligatorischen Bereich. Und das ist dann die sogenannte Zweiklassenmedizin.

Dies können sich dann nur noch die leisten, die sich die teure Zusatzversicherung leisten können. Chronisch Kranke oder auch ältere Menschen bekommen keine Zusatzversicherung. In der Zusatzversicherung müssen die Krankenkassen keine Versicherung abschliessen. In der Grundversorgung müssen sie alle aufnehmen. Es gibt noch eine dritte

Möglichkeit, wie die Initiative umgesetzt werden könnte, und zwar dass die sinnvollen Maßnahmen ergriffen werden und dass diese sinnvoll umgesetzt werden. Da muss ich euch leider enttäuschen. Dies ist bislang nicht passiert. Wir wissen auch nicht, wieso dies jetzt passieren soll in der Zusammensetzung dieses Parlaments.

Das heißt, es passiert wahrscheinlich das Eins und das Zwei. Und aus dem Grund ist die Initiative sehr gefährlich. Was ist gut an dieser Initiative? Es ist halt eine Initiative. Sie ist 2019 gesammelt worden. Sie ist natürlich, ich sage jetzt sehr beliebt gewesen und sie hat natürlich schon ein bisschen die Debatte angestossen und sie ermöglicht auch einen gewissen Gegenvorschlag, der automatisch in Kraft tritt, wenn die Initiative abgelehnt wird. Ich finde, den Gegenvorschlag also nicht das Gelbe vom Ei, aber es ist viel weniger schlimm als das, was man jetzt mit der Initiative hätte. Jetzt, warum bin ich wirklich der tiefsten Überzeugung, dass diese Initiative wirklich gefährlich ist? Wir kommen in eine Zweiklassenmedizin. Die Leistungen werden einfach in die Zusatzversicherung verschoben. Dann haben wir einen starren Mechanismus und der berücksichtigt nicht, dass eigentlich die Gesundheitsausgaben steigen müssten, wenn es der Wirtschaft schlecht geht. Und wenn man weiss, dass die Menschen grundsätzlich eigentlich kränker sind, wenn es der Wirtschaft schlechter geht.

Auch nicht berücksichtigt wird die Demografie. Es gibt keinen Faktor, der dies irgendwie berücksichtigt. Dort, wo dann gespart wird, das ist dort, wo es kurzfristig schnell geht und es zu Lasten der Menschen geht, die es nötig haben. Und schliesslich ist es auch ein absolutes Bürokratiemonster. Denn, wenn man solche Ziele setzt, dann muss man das alles erfassen. Die nötigen Massnahmen könnten auch jetzt schon lange ergriffen werden. Wir versuchen es immer wieder und wir scheitern im Parlament jedes Mal. Die Massnahmen, die aktuell von der Mitte die ganze Zeit vorgeschlagen werden, die hatten wir alle im Jahr 2017 bereits im Parlament und die Mitte hat diese abgelehnt. Wieso sie nun mit dieser Initiative zustimmen sollen, das kann ich mir nicht vorstellen. Sie sagen mir dann, dass man das Parlament und die Mitte-Ständeräte unter Druck setzen muss. Ich finde das nicht gerade das überzeugendste Argument. Aus all diesen Gründen bin ich überzeugt, dass diese Initiative gefährlich ist. Es sind alle Parteien gegen die Initiative ausser die Mitte. Ich war vor kurzem bei der Mitte Basel-Stadt und selbst dort gibt es Leute, die dagegen sind. Nicht einmal die eigene Partei ist geschlossen. Ich empfehle euch hier ein deutliches Nein einzulegen.

Nadine Vögeli, Co-Präsidentin SP Kanton Solothurn, hat das Wort

Ich habe nun die undankbare Aufgabe euch die Empfehlung der Geschäftsleitung schmackhaft zu machen. Wir haben diese Vorlage in der Geschäftsleitung nicht wahnsinnig heissblütig diskutiert. Die Geschäftsleitung war der Meinung, dass das Problem der Gesundheitskosten so gross ist, dass es wichtig ist, dass etwas geschieht. Ein Ja war für uns keine Option, für eine Stimmfreigabe könnte sich die GL erwärmen.

Diskussion

Irene Meier-Reber, SP Rodersdorf

Ich möchte gerne für ein Nein eintreten, denn für mich ist die Stimmfreigabe weder Fisch noch Vogel. Ich stelle hiermit den Antrag auf die Nein-Parole.

Martin Kaufmann, SP Halten

Aufgrund dem Vortrag von Sarah Wyss leuchtet es mir nicht ein, dass die Geschäftsleitung die Stimmfreigabe empfiehlt. Ich kann mich meiner Vorrednerin nur anschliessen. Ich empfinde das als mutlos. Viele SP-Wähler und Wählerinnen achten darauf, was die Partei

empfiehlt, wenn sie unsicher ist. Und in diesen Fällen möchte ich einen Halt geben. Und nach den Argumenten, die ich vorher gehört habe, kann dieser nur heissen Nein.

Tobias Aebischer, SP Grenchen

Ich bin grundsätzlich auch für ein Nein, möchte aber noch fragen, was die offizielle Haltung der SP Schweiz ist?

Sarah Wyss, Nationalrätin SP Basel-Stadt

Wir haben lange gehofft, dass wir bei der Prämientlastungsinitiative und bei der Kostenbremseinitiative zwei gute Gegenvorschläge haben und somit beide Initiativen hätten zurückgezogen werden können. Dieser Deal ist dann leider nicht zustande gekommen. Die Mitte hat mitgeholfen unsere Initiative derart abzuschwächen, und der Gegenentwurf zur Mitte-Initiative ist dann nicht so herausgekommen, wie dies die Mitte gerne gehabt hätte, so dass beide Initiativen aufrechterhalten wurden. Aus diesem Grund hat sich ein Teil der Fraktion bei der Schlussabstimmung zur Kostenbremseinitiative enthalten, da noch ungewiss war, was die Mitte machen wird. Man hegte auch noch lange die Hoffnung, dass die Mitte die Prämientlastungsinitiative befürwortet. Aufgrund dieser Ausgangslage hat dann der Parteitag mit sehr grossem Mehr die Nein-Parole beschlossen.

Parolenfassung

Der Antrag aus der Versammlung für die Nein-Parole wird dem Antrag der Geschäftsleitung für Stimmhaltung gegenübergestellt.

Nein-Parole: 54
Stimmfreigabe: 12
Enthaltung: 2

Der Parteitag beschliesst die Nein-Parole zur Kostenbremseinitiative.

11. Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

Nadine Vögeli, Co-Präsidentin SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Diese Volksinitiative wurde noch während der Coronazeit gestartet. Sie nennt sich Initiative für Freiheit und körperliche Unversehrtheit. Beim Start der Initiative war der Hauptgrund dafür, dass man eine Impfpflicht verhindern wollte, aber der Initiativtext ist so formuliert, dass es nicht nur um die Impfung geht, sondern allgemein um staatliche Eingriffe. Darum sind auch die Auswirkungen dieser Initiative nicht absehbar. Einerseits ist in der Verfassung die Unversehrtheit bereits garantiert und weil es so weit gefasst ist, kann man schlecht sagen, was eine Annahme der Initiative bedeuten würde für die Arbeit der Polizei und im Strafvollzug. Darum möchte ich euch bitten hier der Empfehlung der Geschäftsleitung für die Nein-Parole zu folgen.

Diskussion

Keine Wortmeldungen

Parolenfassung

Der Parteitag beschliesst bei 2 Enthaltungen die Nein-Parole zur Volksinitiative «für Freiheit und körperliche Unversehrtheit».

12. Stromgesetz

Franziska Roth, Ständerätin SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Beim Stromgesetz, welches ich euch nun vorstellen darf, hat man einen Kompromiss gefunden, der breit abgestützt ist. Das Stromgesetz wird auch Mantelerlass genannt. Einen Mantelerlass nennt man immer dann etwas, wenn verschiedene Gesetze miteinander bearbeitet werden müssen. Hier sind es das Energiegesetz, das Waldgesetz, das Stromversorgungsgesetz und das Raumplanungsgesetz. Ihr alle, hoffe ich, habt in der letzten Zeit 2x Ja gesagt, einmal zur Energiestrategie im Jahr 2017 und einmal zum Klimaschutzgesetz 2019. Damals hat das Schweizervolk gesagt, dass man die Energiewende umsetzen will. Auf dieser Tabelle seht ihr, dass die Schweiz beim Ausbau der Windenergie und der Photovoltaik auf einem beschämenden hinteren Platz liegt. Dies muss sich definitiv ändern. Was spannend ist, dass die Produktion von Wind in der Schweiz auf einem sehr geringen Niveau ist. Beim Wind sind wir am Schluss. Das ist auch das Thema, welches am meisten bei dieser Vorlage zu Reden gibt. Hier haben wir das Beispiel Grenchenberg, bei dem man schon ewig lange daran arbeitet, dass der Windpark dort gebaut werden kann. Zu diesem Stromgesetz gab es für einmal ein klares einstimmiges Ja im Ständerat und im Nationalrat haben 19 Personen Nein gesagt. Mit Ausnahme von einer Person waren diese alle von der SVP.



Was will das Stromgesetz? Das Stromgesetz ist für unsere Zukunft und vor allem für die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen dies umsetzen im Einklang mit der Natur. Man hat sich hierzu mit den Naturschutzorganisationen zusammengesetzt, um zu schauen, welche Punkte breit abgestützt sind. Man will den Ausstieg aus Öl und Gas und wenn möglich den Ausstieg aus der Kernenergie umsetzen. Wir wollen so schnell wie möglich in die Erneuerbaren investieren und wir wollen effizienter werden und die Energieverschwendung reduzieren. Wir wollen eine sichere und eine günstige Stromversorgung.

Wir wollen eine Vervielfachung der heutigen Produktion im Bereich der erneuerbaren Energien Solar und Wind. Diesen Strom brauchen wir zur Reduktion des CO₂-Ausstosses. Der Grossteil dieses Ausbaus ist im bebauten Gebiet. Hier haben wir das grösste Potential, nämlich ca. 80%. Auf unsere Dächer können wir bauen, als Beispiel soll hier die neue Kehrlichtverbrennungsanlage in Zuchwil genannt werden, bei der auch die Fassade insgesamt für Winterstrom mit Panels bedeckt wurde.

Ab einer bestimmten Grösse von Anlagen gilt bei Produktionsanlagen neu das nationale Interesse. Hier war der Aufschrei vorhanden. Dies ist auch der Grund, wieso die Fondation Weber das Referendum unterstützt. Es ist aber eben nur die halbe Wahrheit. Es gibt keinen absoluten Interessensvorrang gegenüber Natur- und Landschaftsschutz. Grosse Solar- und Windanlagen dürfen nur in kantonalen Eignungsgebieten gebaut werden. Diese müssen im Richtplan definiert werden. Zusätzlich hat man 16 Wasserkraftwerke definiert, die man am runden Tisch mit den Umweltschutzverbänden besprochen hat, dass diese mit im Boot sind. Kantonal muss man nun definieren, wo es solche Möglichkeiten gibt und dementsprechend den Richtplan anpassen.

Hier seht ihr die Gebiete, die möglich sind für Wind- und Solaranlagen. Wir haben bei uns in der Schweiz nicht so viele solche Gebiete. Wenn ich nach Italien gehe, sehen wir sehr viele Windanlagen. Ich wünschte mir, wir hätten in der Schweiz eine grössere Energieproduktion durch Windanlagen.

Es gibt sehr viele Falschaussagen insbesondere auf social media. Denen müssen wir entgegenreten. Möglich werden soll neu auch der Zusammenschluss zum Eigenverbrauch unter Häusern in einem Quartier und die lokalen Elektrizitätsgemeinschaften, d.h. der Verkauf des Stroms lokal über das Verteilnetz zu reduzierten Netznutzungstarifen. Es gibt keine neuen Abgaben und neue Steuern. Der Netzzuschlag bleibt bei 2.3 Rp/Kwh. Wir erhalten mit dem Gesetz mehr Preisstabilität. Die Erneuerbaren sind günstig und stabil im Preis. Die Unabhängigkeit vom internationalen Preisschock kann dadurch besser gewährleistet werden, die lokale Wertschöpfung kann gesteigert werden. Nicht in dieser Vorlage integriert ist der Solarexpress. Dieser wurde im Jahr 2022 bereits beschlossen. Auch nicht der Windexpress. Dieser wurde 2023 im Parlament beschlossen. Auch die Beschleunigungsvorlage, dass Kantone bei Wind- und Solaranlagen schnellere Verfahren durchführen können, ist nicht Bestandteil dieses Gesetzes. Dieses Gesetz wurde noch nicht verabschiedet im Parlament. Das Stromgesetz bringt uns mehr Tempo in der Energiewende, Unabhängigkeit vom Ausland, Strom im Einklang mit der Natur, und dies ist mir wichtig. Viele Organisationen stehen hinter diesem Gesetz, die schweizerische Energiestiftung, Stiftung für Landschaftsschutz, WWF, VCS, AquaViva, Greenpeace, Casafair, Verein Klimaschutz Schweiz und die Klimaa Allianz.

Es gab zu Beginn namhafte Kritiker, die jetzt Ja sagen, zum Beispiel Mitte Ständerat Beat Rieder. Kein Naturschutzgebiet, welches zurzeit bereits besteht, ist von einem Ausbau der Erneuerbaren betroffen. Diese sind ausgenommen. Das ist für mich persönlich einer der wichtigsten Punkte, dass es keine Reduktion der Biodiversität gibt zu Gunsten von Energieeffizienz. Auch bei den Restwassermengen in den Gewässern gibt es keine Veränderungen. Man hat auf Tier und Mensch bei diesem Stromgesetz geachtet.

Mir ist es wichtig zu betonen, dass die aktuelle Diskussion nicht fair verläuft. Die Gegner haben extrem für die Nein-Parole plakatiert bei uns im Kanton Solothurn. Immer heisst es Bevormundung. Aber genau das ist das Gesetz eben nicht. Die Schlagwörter stimmen nicht. Sie wollen neue AKW bauen. Wer jetzt das mit diesem Gesetz verbindet, beachtet nicht, dass es 15-20 Jahre dauert, bis wir neue Atomkraftwerke gebaut hätten. Sie kosten viel mehr und aktuell haben wir Handlungsbedarf. Was die Gegner betreiben, sind Halbwahrheiten.

Diskussion

Silvia Fröhlicher, SP Bellach, Co-Präsidentin Pro Natura Solothurn

Wir haben bei uns intensiv diskutiert und ich kann das, was Franziska Roth gesagt hat, bestätigen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir dieses Stromgesetz erfolgreich durch die Abstimmung bringen müssen, wenn wir Atomkraftwerke verhindern wollen. Dies ist die Zukunft und die Erneuerbaren sind umweltverträglich. Die Umweltverbände sind weiterhin einspracheberechtigt. Und das ist sehr wichtig. Das Verbandsbeschwerderecht ist wichtig und muss aufrecht erhalten bleiben. Wir engagieren uns nicht zuvorderst. Aber wir sind zusammen mit Birdlife, die beispielsweise bei den Windrändern auf die Auswirkungen für die Vögel achten, ein wichtiger Player. Auch Birdlife ist für diese Vorlage und ich danke euch für die Unterstützung für dieses Gesetz.



Mathias Stricker, SP Bettlach, Vorstandsmitglied WWF Solothurn

Als Vorstandsmitglied des WWF Solothurn kann ich die Aussagen von Silvia Fröhlicher nur bekräftigen. Wir haben dies sehr genau angeschaut. Der WWF steht überzeugt hinter dieser Vorlage.

Käthy Käser, SP Hägendorf

Ich bin sehr für dieses Gesetz, aber worüber man nie etwas hört ist die Frage, wie wir auch Strom sparen. Man muss die Menschen aktiv darauf aufmerksam machen, wie sie Strom sparen können. Ein weiterer Punkt, der mich stört, ist, dass wenn wir alle etwas mehr für unsere Solaranlagen bezahlen würde, könnten wir diese nämlich aus der Schweiz beziehen, aktuell kommt nämlich ein grosser Teil davon aus China.

Franziska Roth, Ständerätin

Es ist richtig, die Energieeffizienz beginnt bei uns. Nicht jedes Trottinett braucht einen Motor. Es gibt hier tatsächlich Optimierungspotential. Ich habe von einem Beispiel aus Deutschland gelesen, dass es Velopumpen gibt, die man aufladen kann. Diese brauchen vier Minuten, bis sie den Pneu aufgepumpt haben. Ich sage euch, das mache ich mit meinen 58 Jahren, als Grossmutter, jeweils in ein paar Sekunden. Diese Effizienzthemen müssen wir weiter beachten.



Parolenfassung

Der Parteitag beschliesst einstimmig die Ja-Parole zum Stromgesetz.

13. Varia

Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kanton Solothurn

Gerne informiere ich euch darüber, dass bald in Halten im Museum Wasseramt eine Sonderausstellung läuft zu unserem legendären Bundesrat Willi Ritschard. Letztes Jahr hat es zu

Ehren des 40-jährigen Todestages von Willi Ritschard einen Anlass gegeben und nun gibt es diese Sonderausstellung. Es ist eine spannende Ausstellung, die nächstens eröffnet wird und es gibt noch weitere spannende Aktivitäten.

John Steggerda, SP Trimbach

Ich möchte auch noch Werbung machen. Wir feiern in diesem Jahr 10 Jahre Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention. Die Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren macht in der ganzen Schweiz einen Aktionsmonat vom 16. Mai – 13. Juni. Dies auch im Kanton Solothurn. Die Idee ist, dass Menschen mit und ohne Behinderung diese Aktionen vorbereiten und gemeinsam daran arbeiten und sich gemeinsam an diesen Tagen begegnen.

Angela Petiti, designierte Co-Präsidentin der SP Kanton Solothurn hat das Wort

Ich möchte mich herzlich bei allen für die Wahl als Co-Präsidentin bedanken, insbesondere auch für die vielen positiven Rückmeldungen. Danke!

Für das Protokoll:

Fabian Müller, 2. Mai 2024